



Wilhermsdorf, 03. September 2025

Aufarbeitung und Konsequenzen nach Drachenlord-Ansturm gefordert

Wilhermsdorf/München – Zum neuerlichen „Schanzenfest“ am 09. August 2025 im Markt Emskirchen, Ortsteil Altschauerberg, trafen sich nach offiziellen Schätzungen rund 4.000 Hater. Anlass und Mittelpunkt des Treffens waren die Vorgänge rund um den Youtuber Rainer Winkler, bekannt unter seinem Alias „Drachenlord“. Das Ereignis wurde durch eine starke Präsenz in sozialen Netzwerken organisiert und angekündigt, was zu einer außergewöhnlichen Mobilisierung führte. Im Zusammenhang mit dieser Großveranstaltung ergeben sich zahlreiche Fragen, welche der SPD-Abgeordnete Harry Scheuenstuhl, nun mittels einer schriftlichen Anfrage an die die Staatsregierung richtete.

Diese Veranstaltung stellt einen erheblichen Eingriff in das öffentliche Leben sowie eine große Herausforderung für die kommunalen und staatlichen Stellen dar. Die Vielzahl an Teilnehmenden, das hohe mediale Interesse und die Präsenz in den sozialen Netzwerken machen deutlich, wie wichtig eine transparente und umfassende Kommunikation zwischen Behörden und Bürger*innen ist.

Im Fokus steht nun die Aufarbeitung der Ereignisse: Scheuenstuhl und die Öffentlichkeit erwarteten eine zügige und detaillierte Beantwortung der gestellten Fragen, insbesondere hinsichtlich der getroffenen Schutzmaßnahmen, der entstandenen Kosten und der juristischen Folgen für Initiator*innen und Teilnehmende. Die Staatsregierung ist gefordert, nicht nur die Geschehnisse zu dokumentieren, sondern auch Strategien zu entwickeln, wie vergleichbare Vorfälle in Zukunft rechtzeitig erkannt und bewältigt werden können.

Bereits jetzt kursieren in den sozialen Medien Aufrufe zu einem weiteren geplanten Event am 20.12.2025, einer Weihnachtsauflage des Schanzenfestes. Hierzu sollen sich rund 20.000 Leute nach Altschauerberg pilgern und diesmal die „Schanze“ komplett einnehmen. Absprachen, wie dies genau ablaufen soll, scheinen bereits diskutiert zu werden.

„Sollte dies zutreffend sein, ist die Staatsregierung gefordert dies mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern und die Initiatoren rechtzeitig zu ermitteln. Hier wird unser Rechtsstaat mit Füßen getreten. Es kann nicht sein, dass die Staatsregierung hier nur Zuschauer ist“, so Scheuenstuhl abschließend.